

Herr Ganseuer führt in das Thema ein. Er stellt bei Abschluss des Geschäfts eine Senkung der Kreisumlage in Höhe von 0,65 % in Aussicht, was für die Gemeinde Eitorf einem Betrag in Höhe von rund 140.000 € entspricht. Frau Udelhoven stellt die Thematik in Form einer Powerpoint-Präsentation vor. Sie wird dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt. Während des Vortrages sowie im Anschluss daran werden von Ratsmitgliedern aller Fraktionen eine Reihe von Fragen gestellt, die von den anwesenden Sachverständigen beantwortet werden.

Eine kommunale Mehrheit ist mit den angebotenen 15,1 % der Aktien derzeit noch nicht möglich. Zusammen mit den 33,33 % der Rhein Energie werden die benötigten 50,1 % der Anteile noch nicht erreicht. Das ist derzeit auch nicht mit RWE verhandelbar. Jedoch besteht eine berechtigte Aussicht darauf, dass RWE in den nächsten 5 bis 10 Jahren weitere Anteile (10 %) zum Kauf anbieten wird. Damit wäre eine kommunale Mehrheit möglich.

Fragen ergeben sich insbesondere hinsichtlich der Risikobewertung. So könnte ein eventueller Wertverfall der Aktien eine drastische Wertminderung des gesamten Unternehmens nach sich ziehen. Aufgrund des Geschäftsmodells der Rhenag wird dies von den Sachverständigen als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt. Den großen Energieversorgern bereiten im Rahmen der Energiewende die Eigenerzeugung mit den damit verbundenen außerordentlich hohen Kraftwerksabschreibungen, das Engagement in Gasspeicherprojekte und die Offshore-Windparks große finanzielle Probleme. Die Rhenag kauft die Energie am Markt ein und ist damit von diesen Faktoren unabhängig.

In der Presse sei zu lesen gewesen, dass die Rhenag ihre Gewinnerwartung für 2013 reduziert habe. Herr Ganseuer verweist auf eine Tagung der Kämmerer, in der der Vorstand der Rhenag die Aussage getroffen hat, dass der Gewinn für das Geschäftsjahr 2013 über 30 Millionen € betragen wird.

Noch einmal wird das Thema aufgegriffen, dass man mit den in Rede stehenden 15,1 % Anteilen keine Sperrminorität besitzt. Das wird von Herrn Ganseuer bejaht. Allerdings betrachtet er diesen Anteil als Einstieg, sich an einem in der Vergangenheit erfolgreich operierenden Energieunternehmen zu beteiligen. In den letzten 10 Jahren sind Gewinne in Höhe von insgesamt 350 Millionen € an die Anteilseigner RWE und Rhein Energie abgeflossen. Hiervon könne man sich den dem Aktienpaket entsprechenden Anteil sichern. Im Übrigen geht er auf die Frage ein, ob die angespannte wirtschaftliche Lage bei RWE diese zu dem Verkaufsangebot bewegt hat. Das kann er nicht ausschließen. Sollte das der Fall sein, besteht durchaus die Möglichkeit, dass RWE weitere Anteile, vielleicht sogar alle zum Verkauf anbieten wird. Dann hätte die Rhein Energie ein Vorkaufsrecht und könnte zumindest theoretisch zum Vollversorger im Rhein-Sieg-Kreis avancieren. Das könne nicht im Sinne des Kreises und seiner Kommunen sein. Herr Hüniger ergänzt die Diskussion um 2 Beispiele. Dort, wo kommunale Träger zusammen mit der Rhein Energie regionale Versorgungsunternehmen als Mehrheitsgesellschafter betreiben (Aggerenergie in Gummersbach, Gasversorgung Rhein-Erft in Hürth), sind die Kommunen mit dem Fachpartner hochzufrieden. Anders ist das bei der Belkaw in Bergisch Gladbach, wo die Rhein Energie alleiniger Gesellschafter des Unternehmens ist. Die Stadt Bergisch Gladbach ist hier sehr unzufrieden über die Ausgangssituation, da die Rhein Energie die Wertschöpfung des Unternehmens stark nach Köln verlagert hat.

Von Seiten der Politik wird Kritik am rein kreditfinanzierten Geschäft geübt. Darüber hinaus wird eine Konkurrenz zu den bestehenden Stadtwerken befürchtet. Herr Ganseuer berichtet, dass es zwischenzeitlich zu einem Verkauf von Anteilen des Rhein-Sieg-Kreises an den Bonner Verkehrsbetrieben SSB in Höhe von 5,8 Millionen € gekommen ist. Insofern kann die Kreditaufnahme um diesen Betrag gesenkt werden. Die Konkurrenz zu kommunalen Stadtwerken sieht Herr Ganseuer nicht. Bisher treten RWE und Rhein Energie als Anteilseigner der Rhenag auf, bei einem Kauf des in Rede stehenden Anteils käme der Rhein-Sieg-Kreis hinzu. Eigentlich entschärfe das die Konkurrenzsituation sogar.

Herr Kolf erklärt für die CDU-Fraktion, dass für sie die Vorteile größer sind als die Risiken. Aus diesem Grund wird sie dem Vorschlag zustimmen.

Inwieweit die Kreisumlage dauerhaft gesenkt werden kann, vermag Herr Ganseuer nicht zu sagen, weil sie nicht alleine von dem Parameter „Kauf Rhenag-Anteile“ abhängt. Es fehlen jedoch 4,3 Millionen € im

Jahr, wenn es nicht zum Kauf der Anteile kommt. Die in der Beschlussvorlage beschriebene Herstellung des Benehmens bezieht sich ausschließlich auf die Höhe der Kreisumlage. Der Rat der Gemeinde Eitorf könne also heute der Senkung der Kreisumlage zustimmen oder aber er lehnt sie ab. Dr. Storch bestätigt das, weist aber erläuternd darauf hin, dass die Senkung der Kreisumlage in kausalem Zusammenhang zum Kauf der Rhenag-Anteile steht, d.h. ohne den Kauf der Rhenag-Anteile wird die Kreisumlage nicht gesenkt. Auch Herr Strack bestätigt die getroffenen Aussagen. Die Entscheidung für den Kauf der Anteile unterliegt gewissen Risiken, die mit der Senkung der Kreisumlage abzuwägen sind. Dazu seien ja auch heute die Sachverständigen in der Sitzung gewesen, um weitergehende Informationen zur Verfügung zu stellen und Fragen zu beantworten. Noch einmal geht er darauf ein wie schwierig es gewesen sei, eine Genehmigung für den aktuellen Haushalt zu bekommen. Das Haushaltssicherungskonzept weist einen kleinen Überschuss in Höhe von 7.000 € im Jahr 2023 aus. Insofern sei ihm als Kämmerer jeder € recht, der die finanzielle Situation der Gemeinde verbessert.

Es wird in Frage gestellt, ob sich ein kommunaler Träger in die wirtschaftlichen Entscheidungen eines Unternehmens einmischen soll oder ob er sich nicht ausschließlich auf die Erbringung seiner gesetzlich vorgeschriebenen Dienstleistungen beschränken soll. Zusätzlich wird bemerkt, dass der Kauf von Aktien, der über Kredite finanziert wird, trotz der vermeintlich geringen Risiken ein spekulatives Geschäft bleibt. Herr Ganseuer kann das nachvollziehen, jedoch nur ein Stück weit. Jede Großstadt in Deutschland beteiligt sich an einem Energieunternehmen zur Entlastung der kommunalen Haushalte. Um den Kauf von Aktien gehe es im vorliegenden Fall deshalb, weil es sich bei der Rhenag seit über 100 Jahren um eine AG handelt. Wäre es eine GmbH, würde man sich heute um Gesellschafteranteile unterhalten.

Frau Sauer stellt den Antrag, die Debatte zu beenden, weil die Argumente ausgetauscht sind.

**Beschluss:**

**Nr. XIII/29/399**

Dem Antrag auf Ende der Debatte wird entsprochen.

**Abstimmungsergebnis: 30 JA-Stimmen (12 FDP, 9 CDU, 5 SPD, 2 BfE, 2 Grüne) 3 Enthaltungen (1 SPD, 1 UWG, 1 BM)**

Der Bürgermeister lässt über die 1. Variante des Beschlussvorschlags abstimmen.